

ANDREAS DÜRR

Funktionelle Äquivalente
der strafrechtlichen
Konkurrenzlehre im
Common Law

Gesellschaft für Rechtsvergleichung e.V.

*Rechtsvergleichung
und Rechtsvereinheitlichung*

Mohr Siebeck

Rechtsvergleichung und Rechtsvereinheitlichung

herausgegeben von der
Gesellschaft für Rechtsvergleichung e.V.

64



Andreas Dürr

Funktionelle Äquivalente der strafrechtlichen Konkurrenzlehre im Common Law

Zugleich eine Abhandlung über die unechte
Idealkonkurrenz im Völkerstrafrecht

Mohr Siebeck

Andreas Dürr, geboren 1986; Studium der Rechtswissenschaften an der LMU München und der Universidad de Castilla-La Mancha (Toledo, Spanien); 2012 Erste Juristische Prüfung; Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der LMU München; 2014 Carlo-Schmid-Stipendiat des DAAD in der Verfahrenskammer I des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien; 2016 Magister Juris (University of Oxford); Rechtsreferendariat im Bezirk des Kammergerichts Berlin; 2018 Zweite Juristische Staatsprüfung.

ISBN 978-3-16-156941-8 / eISBN 978-3-16-156942-5

DOI 10.1628/978-3-16-156941-8

ISSN 1861-5449 / eISSN 2569-426X (Rechtsvergleichung und Rechtsvereinheitlichung)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2019 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen aus der Times gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2018 von der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation angenommen und dankenswerterweise von der Gesellschaft für Rechtsvergleichung e.V. in diese Reihe aufgenommen.

Mein ganz besonderer Dank gilt Herrn Professor Dr. *Helmut Satzger*, der diese Arbeit nicht nur hervorragend betreut hat, sondern durch ein Schwerpunktseminar mein Interesse an Konkurrenzfragen in *Common Law*-Rechtsordnungen geweckt hatte. Herrn Professor Dr. *Frank Saliger* danke ich für die Erstellung des Zweitgutachtens.

Die Anfertigung dieser Arbeit wäre ohne Aufenthalte an der *Harvard Law School*, der *University of Toronto* und der *University of Oxford* nicht denkbar gewesen. Dort hatte ich nicht nur Zugriff auf in Deutschland nur schwer erreichbare ausländische Literatur, sondern ich konnte durch zahlreiche Gespräche mit einheimischen Forschern und Gelehrten auch mein Verständnis für die Funktionsweise dieser Rechtsordnungen vertiefen. Hervorgehoben danken möchte ich in diesem Zusammenhang Herrn Professor Dr. *Markus Dubber* von der *University of Toronto*, der mir als Kenner aller hier einbezogenen Rechtsordnungen wertvolle Anregungen geben konnte. Eine besondere Ehre war es mir zudem, mich in Kanada mit Herrn Professor Dr. *Martin Friedland* – dem Verfasser des bekanntesten und hier mehrfach zitierten Werks zum Doppelbestrafungsverbot im *Common Law* – über mein Thema auszutauschen.

Diese Dissertation wurde von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert, was mir die Anfertigung dieser Arbeit erst ermöglichte und wofür ich ebenfalls herzlich danke.

Schließlich danke ich meiner Verlobten Franziska, meinen Eltern sowie meinem Bruder für ihre geduldige Unterstützung während meiner akademischen Ausbildung. Ihnen widme ich diese Arbeit.

Das Manuskript wurde im September 2018 abgeschlossen. Die Rechtsprechung und – größtenteils – die Literatur befinden sich auf diesem Stand, wengleich ich bei der ausländischen Literatur am Ende nicht mehr durchweg Zugriff auf die jeweils neueste Auflage hatte.

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Einleitung	1
§ 1 Das Interesse an der strafrechtlichen Konkurrenz im <i>Common Law</i>	1
§ 2 Ziel, Gang und Methodik der Untersuchung	4
1. Kapitel: Die Grundzüge der Konkurrenzlehre im deutschen Strafrecht	7
§ 1 Eine Gesetzesverletzung bei mehrfacher Realisierung desselben Tatbestands	7
A. Zu einer einzigen Gesetzesverletzung führende Handlungseinheiten	8
B. Die Abgrenzung zur gleichartigen Idealkonkurrenz	20
C. Die Änderung der Anzahl der Gesetzesverletzungen gegenüber der Anklage	24
§ 2 Eine Gesetzesverletzung bei der Realisierung verschiedener Tatbestände	25
A. Das Doppelverurteilungsverbot aufgrund von Gesetzeskonkurrenz	26
B. Gesetzeskonkurrenz und Anklage	38
§ 3 Die Bestrafung bei der kumulativen Verurteilung	39
A. Die Idealkonkurrenz/Tateinheit	39
B. Die Realkonkurrenz/Tatmehrheit	47
2. Kapitel: Das englische Strafrecht	51
§ 1 Die kumulative Anklage von Gesetzesverletzungen	51
A. Die historisch geringere Relevanz der Konkurrenz im <i>Common Law</i>	51

B. Die kumulative Anklage im gegenwärtigen Recht	55
§ 2 Das Verbot der kumulativen Verurteilung bei verschiedenen Tatbeständen	72
A. Das Doppelverurteilungsverbot bei inkludierten Delikten	73
B. <i>R. v. Harris</i> : Ein Doppelverurteilungsverbot bei einer unselbstständigen Vorbereitungsstat?	83
C. Das Doppelverurteilungsverbot aufgrund der Ausübung des Anklageermessens	85
D. Das Doppelverurteilungsverbot aufgrund einer gesetzgeberischen Anordnung	86
§ 3 Die kumulative Bestrafung	87
A. Der Regelungsrahmen	87
B. Die Verhängung von mehreren freiheitsentziehenden Strafen (<i>custodial sentences</i>)	88
C. Die strafzumessungsrechtliche Berücksichtigung weiterer Delikte (<i>Offences Taken Into Consideration</i>)	101
 3. Kapitel: Das kanadische Strafrecht	 105
§ 1 Die Zulässigkeit der kumulativen Verurteilung und Anklage	106
A. Die Rechtsgrundlage und Abgrenzung der <i>rule against multiple convictions</i>	106
B. Das Verbot der kumulativen Verurteilung bei der Verwirklichung verschiedener Tatbestände	108
C. Doppelverurteilungsverbote bei der mehrfachen Realisierung desselben Tatbestands	122
D. Die kumulative Anklage und die Auswirkungen von Doppelverurteilungsverboten	126
§ 2 Die kumulative Bestrafung	130
A. Der Regelungsrahmen	130
B. Die Verhängung mehrerer Freiheitsstrafen (<i>imprisonment</i>)	130
C. Die Berücksichtigung (<i>consideration</i>) weiterer Delikte	143
 4. Kapitel: Das US-amerikanische Strafrecht	 145
§ 1 Das Verbot der kumulativen Verurteilung und Anklage	145
A. Die Grundlage im <i>double jeopardy</i> -Verbot	145
B. Das Doppelverurteilungsverbot bei verschiedenen Tatbeständen	146
C. Kumulationsverbote bei der mehrfachen Realisierung desselben Tatbestands	160

D. Die Anklage und Kumulativverurteilungsverbote	171
E. Der Model Penal Code und das Recht der Einzelstaaten	176
§ 2 Die kumulative Bestrafung	186
A. Der Regelungsrahmen im Bundesstrafrecht	186
B. Die Verhängung mehrerer Freiheitsstrafen (<i>imprisonment</i>)	187
C. Der Model Penal Code und das Recht der Einzelstaaten im Überblick	195
 5. Kapitel: Rechtsvergleichende Analyse	 203
§ 1 Die Bestrafung bei einer kumulativen Verurteilung	203
A. Die Form der Bestrafung mehrerer Gesetzesverletzungen	203
B. Die vorhandenen Differenzierungssysteme und die Ableitung eines generellen Kumulativstrafrahmens	205
C. Die zwischen milder und strenger Variante vorgenommenen Differenzierungen	216
§ 2 Keine Doppelverurteilung bei der Verwirklichung von verschiedenen Strafgesetzen	225
A. Doppelverwertung versus Tatumschreibung	225
B. Die abstrakt-tatbestandliche Inklusion	228
C. Die abstrakt-tatbestandliche Interferenz	231
§ 3 Keine Doppelverurteilung bei der mehrfachen Realisierung desselben Strafgesetzes	251
A. Keine Doppelverurteilung bei identischen Verhaltenstatsachen	251
B. Keine Doppelverurteilung bei verschiedenen Verhaltenstatsachen	258
 6. Kapitel: Der Einfluss des <i>Blockburger</i> -Tests auf die völkerstrafrechtliche Judikatur	 269
§ 1 Die Grundlage des Doppelverurteilungsverbots	270
§ 2 Die Rechtsprechungswege vor <i>Čelebići</i>	271
A. Die früheren Lösungswege des ICTY	271
B. Die früheren Lösungswege des ICTR	275
§ 3 <i>Čelebići</i> : Die Übernahme des <i>Blockburger</i> -Tests in das Völkerstrafrecht	278
A. Die Testformel und die Durchsetzung des Tests an den Ad-hoc-Tribunalen	279
B. Die (noch nicht endgültige?) Übernahme durch die IStGH-Rechtsprechung	281

C. Die Frage nach den in den Vergleich einzubeziehenden Elementen	283
D. Ein abstrakter oder ein konkreter Vergleich?	288
E. Die Auswirkungen von <i>Čelebići</i> auf die Anklage	301
I. ICTY und ICTR	301
II. IStGH	302
§ 4 Kritische Würdigung des <i>Čelebići</i> -Tests	304
A. Die unbefriedigende rechtsvergleichende Fundierung	304
B. Erster Vorschlag: Die Kennzeichnung von Doppelverwertungen	305
C. Zweiter Vorschlag: Die Erweiterung von <i>Čelebići</i>	306
 Zusammenfassung und Schlussbetrachtung	 309
 Literaturverzeichnis	 313
 Sachverzeichnis	 323

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Einleitung	1
§ 1 Das Interesse an der strafrechtlichen Konkurrenz im <i>Common Law</i>	1
§ 2 Ziel, Gang und Methodik der Untersuchung	4
1. Kapitel: Die Grundzüge der Konkurrenzlehre im deutschen Strafrecht	7
§ 1 Eine Gesetzesverletzung bei mehrfacher Realisierung desselben Tatbestands	7
A. Zu einer einzigen Gesetzesverletzung führende Handlungseinheiten	8
I. Das Dauerdelikt	8
II. Die tatbestandliche Handlungseinheit	10
III. Die Bewertungseinheit	11
IV. Die natürliche Handlungseinheit	14
1. Die iterative Tatbestandsrealisierung	15
2. Die sukzessive Tatbestandsrealisierung	16
V. Die Fortsetzungstat	17
1. Die Voraussetzungen der Rechtsfigur	18
2. Die Aufgabe der Rechtsfigur	19
B. Die Abgrenzung zur gleichartigen Idealkonkurrenz	20
I. Einheitliche Gesetzesverletzung und gleichartige Idealkonkurrenz bei Ausführungsidentität	21
II. Einheitliche Gesetzesverletzung und gleichartige Idealkonkurrenz vermittelt durch natürliche Handlungseinheit	22

C. Die Änderung der Anzahl der Gesetzesverletzungen gegenüber der Anklage	24
§ 2 Eine Gesetzesverletzung bei der Realisierung verschiedener Tatbestände	25
A. Das Doppelverurteilungsverbot aufgrund von Gesetzeskonkurrenz	26
I. Die Spezialität	27
1. Die Spezialität im engen Sinne	27
2. Die Spezialität im weiten Sinne	28
II. Die Subsidiarität	30
1. Die formelle Subsidiarität	30
2. Die materielle Subsidiarität	30
a) Verschiedene Angriffsstadien	30
b) Verschiedene Angriffsintensitäten	32
III. Die Konsumtion	34
1. Die typische Begleitatt	34
2. Die mitbestrafte Vortat	37
3. Die mitbestrafte Nachtat	37
B. Gesetzeskonkurrenz und Anklage	38
§ 3 Die Bestrafung bei der kumulativen Verurteilung	39
A. Die Idealkonkurrenz/Tateinheit	39
I. Die Verletzung mehrerer Strafgesetze	40
II. Die Handlungseinheit	40
1. Voll- oder teilidentische Ausführungshandlungen	40
2. Die Verklammerung durch ein weiteres Delikt	42
3. Die Handlungseinheit ohne strikte Ausführungsidentität	44
III. Die (eingeschränkte) Rechtsfolgenabsorption nach § 52 StGB	45
1. Der Schuldspruch	45
2. Die Einheitsstrafe	46
B. Die Realkonkurrenz/Tatmehrheit	47
I. Die Gesamtstrafe nach §§ 53, 54 StGB	47
1. Die grundsätzliche Erhöhung einer Einzelstrafe	47
a) Das Auswerfen von Einzelstrafen	47
b) Die Bildung einer Gesamtstrafe	48
2. Die Kumulation von Strafen als Ausnahmefall	49
II. Die rechtspolitische Kritik an der Gesamtstrafe	50

2. Kapitel: Das englische Strafrecht	51
§ 1 Die kumulative Anklage von Gesetzesverletzungen	51
A. Die historisch geringere Relevanz der Konkurrenz im <i>Common Law</i>	51
I. Keine Kumulation von Verbrechen und Vergehen in einem Verfahren (<i>merger of offences</i>)	52
II. Keine Kumulation mehrerer Verbrechen in einem Verfahren (<i>doctrine of election</i>)	53
III. Die Öffnung für die Kumulativanklage durch den Indictments Act 1915	54
B. Die kumulative Anklage im gegenwärtigen Recht	55
I. Die Kumulation durch mehrere Anklagepunkte (<i>counts</i>)	55
1. Grundsätzlich generelle Zulässigkeit der Kumulation	55
a) Eine gemeinsame Tatsachengrundlage (<i>founded on the same facts</i>)	57
b) Ein Teil einer Serie von Delikten derselben oder ähnlicher Art (<i>part of a series of offences of the same or a similar character</i>)	57
2. Das Gebot der Beschränkung auf wenige Anklagepunkte	59
II. Die Kumulation innerhalb eines Anklagepunkts und das Verbot der <i>duplicity</i>	61
1. Die Differenzierung bei alternativ formulierten Statuten	62
2. Keine <i>duplicity</i> bei einer einheitlichen Aktivität (<i>single activity</i>)	63
3. Die zulässige Kumulation bei einem fortlaufenden Verhalten (<i>course of conduct</i>), CrimPR, r. 10.2(2)	66
a) Zur Praxis der Musteranklagepunkte (<i>specimen counts/ sample counts</i>)	68
b) „ <i>Continuous offence</i> “ und „ <i>continuing offence</i> “	69
§ 2 Das Verbot der kumulativen Verurteilung bei verschiedenen Tatbeständen	72
A. Das Doppelverurteilungsverbot bei inkludierten Delikten	73
I. Die allgemeine Regel: Criminal Law Act 1967, s. 6(3)	73
II. Sonderregelungen	75
III. Die Funktion als Doppelverurteilungsverbot	76
1. In aufeinanderfolgenden Verfahren	76
a) Die Anklage des inkludierten Delikts nach Verurteilung wegen des inkludierenden Delikts	77

b) Die Anklage des inkludierenden Delikts nach Verurteilung wegen des inkludierten Delikts	77
(1) Das <i>Connelly</i> -Prinzip	77
(2) Das <i>Elrington</i> -Prinzip	78
(3) Der Sonderfall <i>R. v. JB</i>	78
2. In einem einzigen Verfahren	80
a) Notwendig und normalerweise mitbegangene Delikte	81
b) Die Reichweite dieses Doppelverurteilungsverbots	83
B. <i>R. v. Harris</i> : Ein Doppelverurteilungsverbot bei einer unselbstständigen Vorbereitungstat?	83
C. Das Doppelverurteilungsverbot aufgrund der Ausübung des Anklageermessens	85
D. Das Doppelverurteilungsverbot aufgrund einer gesetzgeberischen Anordnung	86
§ 3 Die kumulative Bestrafung	87
A. Der Regelungsrahmen	87
B. Die Verhängung von mehreren freiheitsentziehenden Strafen (<i>custodial sentences</i>)	88
I. Das Auswerfen von Einzelstrafen	88
II. Die Festlegung der Vollstreckungsweise	89
1. Die Differenzierung anhand der Vorfalls-/ Tatsachenidentität (<i>same incident or facts</i>)	90
a) Die Vorfalls- oder Tatsachenidentität (<i>same incident or facts</i>)	90
(1) Straßenverkehrsdelikte	90
(2) Waffendelikte	94
(3) Weitere Delikte	95
b) Die Vorfalls- oder Tatsachenverschiedenheit (<i>unrelated incident or facts</i>)	96
2. Serienstraftaten	97
3. Die Achtung gesetzlicher Mindest- und Höchststrafen	98
III. Die abschließende Gesamtbetrachtung (<i>principle of totality</i>)	99
C. Die strafzumessungsrechtliche Berücksichtigung weiterer Delikte (<i>Offences Taken Into Consideration</i>)	101
3. Kapitel: Das kanadische Strafrecht	105
§ 1 Die Zulässigkeit der kumulativen Verurteilung und Anklage	106
A. Die Rechtsgrundlage und Abgrenzung der <i>rule against multiple convictions</i>	106

B. Das Verbot der kumulativen Verurteilung bei der Verwirklichung verschiedener Tatbestände	108
I. Die Anerkennung und Reichweite der <i>rule against multiple convictions</i>	108
1. Die ausdrückliche Anerkennung durch <i>Kienapple v. R.</i>	109
2. Die Konturierung der Reichweite durch <i>R. v. Prince</i>	110
a) Der tatsächliche Nexus (<i>factual nexus</i>)	111
b) Der rechtliche Nexus (<i>legal nexus</i>)	111
II. Das Verhältnis zur <i>included offence rule</i>	113
1. Die kanadischen <i>included offence</i> -Regeln	114
a) Vollendung und Versuch	114
b) Die allgemeine Regel, einschließlich der <i>Luckett</i> -Rechtsprechung	114
c) Sonderregelungen	116
2. Die Funktion als Doppelverurteilungsverbot	117
a) In aufeinanderfolgenden Verfahren	117
b) In einem einheitlichen Verfahren	117
III. Weitere Anwendungsfälle der Regel	118
1. Waffendelikte	118
2. Vermögens- und Eigentumsdelikte	119
3. Körperverletzungsdelikte	120
4. Delikte der freien Willensentschließung/-betätigung	121
5. Keine Anwendung der Regel zwischen einer Verschwörung (<i>conspiracy</i>) und dem Hauptdelikt	121
C. Doppelverurteilungsverbote bei der mehrfachen Realisierung desselben Tatbestands	122
I. Alternativ formulierte Statuten	122
II. Die Determination der anwendbaren Gesetzesverletzungen anhand der Tathandlung	123
III. Die Determination der anwendbaren Gesetzesverletzungen nach einem anderen Faktor als der Tathandlung	123
IV. Eine Gesetzesverletzung bei auf eine Dauertätigkeit angelegten Tatbeständen (<i>continuing offences</i>)	125
D. Die kumulative Anklage und die Auswirkungen von Doppelverurteilungsverboten	126
I. Die Kumulation in einem Anklagepunkt	126
1. Das grundsätzliche Verbot der Kumulation von Delikten in einem Anklagepunkt (<i>duplicity</i>)	126
2. Die <i>single transaction rule</i> als Ausnahme von der <i>duplicity</i> -Regel	127

II. Die Kumulation durch verschiedene Anklagepunkte (<i>joinder of counts</i>)	129
§ 2 Die kumulative Bestrafung	130
A. Der Regelungsrahmen	130
B. Die Verhängung mehrerer Freiheitsstrafen (<i>imprisonment</i>)	130
I. Die Bildung von Einzelstrafen	132
II. Die Festlegung der Vollstreckungsweise	132
1. Die gerichtliche Ermessensausübung	133
a) Die grundsätzlich konsekutive Strafvollstreckung	133
b) Die gleichzeitige Vollstreckung bei einem einheitlichen kriminellen Unternehmen (<i>single criminal adventure</i>)	133
(1) Der zeitlich-räumliche Zusammenhang	134
(2) Die Kongruenz der geschützten Rechtsinteressen, insbesondere die Opferidentität	135
(3) Serientaten	137
(4) Sonderfälle	138
c) Die gleichzeitige Vollstreckung zur Herstellung einer angemessenen Endstrafe (<i>to achieve a proper totality</i>)	138
2. Die konsekutive Vollstreckung kraft einer gesetzgeberischen Anordnung	141
III. Die Möglichkeit einer Einheitsstrafe	143
C. Die Berücksichtigung (<i>consideration</i>) weiterer Delikte	143
4. Kapitel: Das US-amerikanische Strafrecht	145
§ 1 Das Verbot der kumulativen Verurteilung und Anklage	145
A. Die Grundlage im <i>double jeopardy</i> -Verbot	145
B. Das Doppelverurteilungsverbot bei verschiedenen Tatbeständen	146
I. Die Deliktsidentität nach dem <i>Blockburger</i> -Test	146
1. Der Ursprung des Tests als Vergleich der abstrakten Tatbestandsmerkmale (<i>same elements test</i>)	147
2. Die Einbeziehung aller abstrakt-notwendig mitbegangenen Delikte (<i>lesser included offenses</i>)	148
3. Die Einbeziehung der notwendigen Mitbegehung eines anderen Delikts	149
a) Die Fiktion eigenständiger Straftatbestände bei Delikten mit verschiedenen Tatmodalitäten	150
b) Allgemeines Abstellen auf die notwendige Mitbegehung auf Grundlage der konkreten Anklagetheorie?	151

4. Die Einbeziehung der notwendigen Mitbegehung für den konkreten Täter	153
II. Kein Doppelverurteilungsverbot trotz desselben Delikts nach <i>Blockburger</i>	153
III. Über <i>Blockburger</i> hinausgehende Kumulationsverbote	154
1. Die „Spezialität“ nach <i>Simpson</i> und <i>Busic</i>	155
2. <i>Nielsen</i> : Wertungsbasierte Abweichung vom <i>same elements test</i>	156
3. Vor- und Nachbereitungsdelikte	157
a) Die Entwicklung einer Rechtsprechungslinie in Bezug auf 18 U.S. Code § 2113	157
b) Verallgemeinerungsfähigkeit dieser Rechtsprechung?	158
c) Versuch (<i>attempt</i>) bzw. Verschwörung (<i>conspiracy</i>) und Hauptdelikt	159
C. Kumulationsverbote bei der mehrfachen Realisierung desselben Tatbestands	160
I. Zeitlich gestreckte Kriminalität (<i>continuing offense</i>)	161
II. Die mehrfache Vornahme einer spezifisch umschriebenen Tathandlung (<i>individual punishable acts</i>)	164
III. Die Behandlung konkurrierender <i>units of prosecution</i>	166
1. Der Vorrang der Tathandlung	166
2. Der Vorrang anderer Tatbestandselemente	168
3. Die Differenzierung bei verschiedenen Opfern insbesondere	168
IV. Eine Gesetzesverletzung bei Erfüllung unselbstständiger Tatalternativen	170
D. Die Anklage und Kumulativverurteilungsverbote	171
I. Das Ermessen in Bezug auf die Auswahl der Anklagepunkte	171
II. Das Verhältnis zwischen den Anklageregeln und den Doppelverurteilungsverböten	172
1. Die Kumulation in einem Anklagepunkt und der Grundsatz der <i>duplicity</i>	172
a) Mehrmals der nominell selbe Tatbestand in einem Anklagepunkt	172
b) Nominell verschiedene Tatbestände in einem Anklagepunkt	173
2. Die Kumulation durch separate Anklagepunkte und der Grundsatz der <i>multiplicity</i>	174
E. Der Model Penal Code und das Recht der Einzelstaaten	176
I. Der Model Penal Code	176

II. Modelle in den Bundesstaaten	178
1. Die Anwendbarkeit des bundesrechtlichen <i>double jeopardy</i>	178
2. <i>Double jeopardy</i> -Garantien in den Bundesstaaten	178
3. Die unterschiedliche Reichweite des Begriffs der Deliktsidentität	179
4. Deliktsabsorption bei einer bloß gemeinsamen Tatsachengrundlage?	183
§ 2 Die kumulative Bestrafung	186
A. Der Regelungsrahmen im Bundesstrafrecht	186
B. Die Verhängung mehrerer Freiheitsstrafen (<i>imprisonment</i>)	187
I. 18 U.S. Code § 3584	187
II. United States Sentencing Guidelines	187
1. Die Ermittlung der einzelnen Deliktsebenen (<i>offense level</i>)	189
2. Die Ermittlung der final anwendbaren Deliktsebene (<i>combined offense level</i>)	189
a) Die Gruppierung eng zusammenhängender Delikte (<i>closely related counts</i>)	189
(1) Opfer- und Handlungs-/Vorgangsideutität (<i>same victim and the same act or transaction</i>)	189
(2) Opferidentität bei unterschiedlichen Handlungen/ Vorgängen (<i>same victim and two or more acts or transactions</i>)	190
(3) Tatbestandliches Verhalten bereits im Rahmen eines anderen Delikts berücksichtigt (<i>conduct treated as a offense characteristic or adjustment</i>)	191
(4) Delikte mit einem quantifizierbaren Schaden (<i>offense level determined on the basis of an aggregate harm</i>)	191
b) Die Bestimmung der jeweils gruppenintern anwendbaren Deliktsebene (<i>offense level</i>)	193
c) Die Bestimmung der bei mehreren Gruppen anwendbaren Deliktsebene (<i>combined offense level</i>)	193
3. Die Bildung und Verhängung der endgültigen Strafe (<i>total punishment</i>)	194
a) Wenn die Vollstreckungsweise nicht durch Statut festgelegt ist	194

b) Tatbestände mit obligatorisch konsekutiver Gefängnisstrafe	195
C. Der Model Penal Code und das Recht der Einzelstaaten im Überblick	195
I. Die kumulative Bestrafung nach dem ursprünglichen Model Penal Code	196
II. Die Reform des Model Penal Code	196
III. Positivrechtliche Tendenzen in den Einzelstaaten	198
 5. Kapitel: Rechtsvergleichende Analyse	 203
§ 1 Die Bestrafung bei einer kumulativen Verurteilung	203
A. Die Form der Bestrafung mehrerer Gesetzesverletzungen	203
B. Die vorhandenen Differenzierungssysteme und die Ableitung eines generellen Kumulativstrafrahmens	205
I. Einheitsstrafe nach § 52 StGB versus gleichzeitige Einzelstrafvollstreckung	205
II. Gesamtstrafe nach §§ 53, 54 StGB versus konsekutive Einzelstrafvollstreckung	207
1. Die Reihenfolge	207
2. Die Höhe der Endstrafe	208
3. Lebenslange Einzelstrafe(n)	209
III. Die Grenzen eines generellen Kumulativstrafrahmens	209
1. Die Untergrenze	210
2. Die Obergrenze	210
3. Fazit	212
IV. Plädoyer für eine einheitliche Behandlung von Tateinheit und -mehrheit im deutschen Recht	213
C. Die zwischen milder und strenger Variante vorgenommenen Differenzierungen	216
I. Die gemeinsame tatsächliche Grundlage als Vergleichs- gegenstand	216
II. Gemeinsame tatsächliche Größe tendenziell nur nach deutschem Recht	217
1. Die Relevanz wertender Gesichtspunkte bei ungleichartigen Gesetzesverletzungen	217
2. Verschiedene Opfer gleichartiger Gesetzesverletzungen	218
3. Beendigungszeitraum und Fluchtfälle	220
4. Obligatorisch konsekutive Strafen und Spezialrechtsprechung	221

III. Gemeinsame tatsächliche Größe tendenziell nur nach	
<i>Common Law</i>	221
1. Serieldelikte	221
2. Vor- und Nachbereitungsdelikte	222
IV. Fazit und Stellungnahme	223
§ 2 Keine Doppelverurteilung bei der Verwirklichung	
von verschiedenen Strafgesetzen	225
A. Doppelverwertung versus Tatumschreibung	225
I. Ein rechtsordnungsübergreifender Zielkonflikt	225
II. Der übereinstimmende Gang eines Mittelwegs	227
B. Die abstrakt-tatbestandliche Inklusion	228
C. Die abstrakt-tatbestandliche Interferenz	231
I. Ausdrückliche Doppelverurteilungsverbote	232
II. Implizite Doppelverurteilungsverbote	232
1. Keine Doppelverurteilung bei einem Stufenverhältnis	
mit ähnlicher Schutzrichtung und einer fast immer	
erfolgenden Mitrealisierung: sog. Quasi-Inklusion	233
a) Das deutsche Recht	234
b) Das englische Recht	235
c) Das kanadische Recht	235
d) Das US-Recht	236
e) Fazit	237
2. Keine Doppelverurteilung bei einem Stufenverhältnis	
ohne eine fast immer erfolgende Mitrealisierung	237
a) Das deutsche Recht	238
b) Das englische Recht	239
c) Das kanadische Recht	239
d) Das US-Recht, die konkrete Beweisnotwendigkeit	
insbesondere	241
e) Fazit	245
3. Keine Doppelverurteilung bei einer notwendigen	
Mitbegehung durch den konkreten Täter	246
4. Die Verbrechensverabredung/Verschwörung insbesondere	246
III. Vom Wert der Idealkonkurrenz, einschließlich einer	
Stellungnahme	247
§ 3 Keine Doppelverurteilung bei der mehrfachen Realisierung	
desselben Strafgesetzes	251
A. Keine Doppelverurteilung bei identischen Verhaltenstatsachen	251
I. Das deutsche Recht	252

II. Das US-Recht	253
III. Das englische Recht	254
IV. Das kanadische Recht	254
V. Fazit und Stellungnahme	255
B. Keine Doppelverurteilung bei verschiedenen Verhaltenstatsachen	258
I. Die tatbestandlich geforderte durchgehende Erfüllung seiner Voraussetzungen	258
II. Die Zusammenfassung von punktuellen Tatbestands-erfüllungen	259
1. Die Mehrfachrealisierung abstrakt-tatbestandlich implizierende Tatbestände	260
2. In einem engen Sachzusammenhang stehende Tatbestandsrealisierungen	262
a) Das deutsche Recht	263
b) Das US-Recht	264
c) Das englische und kanadische Recht	265
d) Fazit	266
3. Stellungnahme	267
6. Kapitel: Der Einfluss des <i>Blockburger</i> -Tests auf die völkerstrafrechtliche Judikatur	269
§ 1 Die Grundlage des Doppelverurteilungsverbots	270
§ 2 Die Rechtsprechungswege vor <i>Čelebići</i>	271
A. Die früheren Lösungswege des ICTY	271
I. <i>Tadić</i> : Gleichzeitig zu vollstreckende Einzelstrafen	271
II. <i>Kupreškić</i> : Verbot der kumulativen Verurteilung bei einer abstrakt-notwendigen Mitverwirklichung	272
1 Die Anwendung von <i>Blockburger v. United States</i>	272
2. Das „Konsumtionsprinzip“ (<i>principle of consumption</i>)	273
3. Der <i>different values</i> -Test	274
B. Die früheren Lösungswege des ICTR	275
I. <i>Akayesu</i> : (Eingeschränktes?) Verbot der kumulativen Verurteilung bei der abstrakt-notwendigen Mitbegehung	275
II. <i>Kayishema/Ruzindana</i> : Verbot der kumulativen Verurteilung im Falle einer konkreten Beweisnotwendigkeit	276
III. <i>Rutaganda</i> und <i>Musema</i> : Die Bekräftigung von <i>Akayesu</i>	277
§ 3 <i>Čelebići</i> : Die Übernahme des <i>Blockburger</i> -Tests in das Völkerstrafrecht	278

A.	Die Testformel und die Durchsetzung des Tests an den Ad-hoc-Tribunalen	279
B.	Die (noch nicht endgültige?) Übernahme durch die IStGH-Rechtsprechung	281
C.	Die Frage nach den in den Vergleich einzubeziehenden Elementen	283
I.	Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit	285
II.	Völkermord und Kriegsverbrechen	286
III.	Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen	286
D.	Ein abstrakter oder ein konkreter Vergleich?	288
I.	Die Deckung von Tatbestandselementen bzw. die abstrakt-notwendige Mitbegehung	290
1.	Ausrottung (<i>extermination</i>) und Mord (<i>murder</i>)	290
2.	Folter (<i>torture</i>) und grausame (<i>cruel treatment</i>) bzw. unmenschliche Behandlung (<i>inhumane treatment</i>)	292
II.	Die Deckung von Tatsachen bzw. die konkrete Beweisnotwendigkeit	292
1.	Verfolgung (<i>persecution</i>) und andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit	292
2.	Angriff auf Zivilisten (<i>attack on civilians</i>) und Mord/grausame Behandlung als Kriegsverbrechen	297
3.	Vergewaltigung (<i>rape</i>) und Folter (<i>torture</i>) als Verbrechen gegen die Menschlichkeit	298
4.	Zerstörung/vorsätzliche Beschädigung von kulturellen Einrichtungen und Verwüstung bzw. Angriff auf zivile Objekte	300
E.	Die Auswirkungen von <i>Čelebići</i> auf die Anklage	301
I.	ICTY und ICTR	301
II.	IStGH	302
§ 4	Kritische Würdigung des <i>Čelebići</i> -Tests	304
A.	Die unbefriedigende rechtsvergleichende Fundierung	304
B.	Erster Vorschlag: Die Kennzeichnung von Doppelverwertungen	305
C.	Zweiter Vorschlag: Die Erweiterung von <i>Čelebići</i>	306
	Zusammenfassung und Schlussbetrachtung	309
	Literaturverzeichnis	313
	Sachverzeichnis	323

Abkürzungsverzeichnis

A.	Atlantic Reporter
a. A.	anderer Ansicht
ABCA	Alberta Court of Appeal
abl.	ablehnend
Abs.	Absatz
A.C.	The Law Reports, Appeal Cases
a. F.	alte Fassung
A.J.	Alberta Judgments
Ala.	Alabama Supreme Court
Ala.Crim.App.	Court of Criminal Appeals of Alabama
ALI	American Law Institute
Alta. C.A.	Alberta Court of Appeal
Am. J. Crim. L.	American Journal of Criminal Law
Ariz.	Arizona Reports
Art., art.	Artikel, article
A.R.S.	Arizona Revised Statutes
A.R.S. Rules Crim. Proc.	Arizona Revised Statutes Annotated Rules of Criminal Procedure
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BCCA, B.C. C.A.	British Columbia Court of Appeal
B.C.J.	Quicklaw's British Columbia Judgments
BCSC, B.C. S.C.	British Columbia Supreme Court
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BMJ	Bundesministerium der Justiz
Bro. P. C.	J. Brown's Cases in Parliament
B. & S.	Best & Smith's Queen's Bench Reports
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BtMG	Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln
Buff. Crim. L. Rev.	Buffalo Criminal Law Review
bzw.	beziehungsweise
c.	chapter
ca.	circa
C.A.	Court(s) of Appeal(s)
CA 1867	Constitution Act, 1867
CA 1982	Constitution Act, 1982
Cal.	Kalifornien; California Reports

Cal. L. Rev.	California Law Review
Car. & M.	Carrington & Marshman's Nisi Prius Reports
C.C.C.	Canadian Criminal Cases
Ch.	chapter
Charter	Canadian Charter of Rights and Freedoms
Cir.	Circuit Court of Appeals (USA)
C.J.	Chief Justice; Circuit Judge
C.J.C.	Chief Justice of Canada
CJCCJ	Canadian Journal of Criminology and Criminal Justice
Colum. L. Rev.	Columbia Law Review
comment.	commentary
Conn.	Connecticut Reports
Const.	constitution (dt. Verfassung)
Co. Rep.	Coke's King's Bench Reports
Cornell L. Rev.	Cornell Law Review
Cowp.	Cowper's King's Bench Reports
CPD II	Criminal Practice Directions 2015 Division II
CPD VII	Criminal Practice Directions 2015 Division VII
CrimPR	Criminal Procedure Rules
CPS	Crown Prosecution Service
Cr. App. R.	Criminal Appeal Reports (England)
Cr. App. R. (S.)	Criminal Appeal Reports (Sentencing) (England)
Cr. C.	Criminal Code of Canada
Crim. L. Forum	Criminal Law Forum
Crim. L. Q.	Criminal Law Quarterly
Crim. L. R.	The Criminal Law Review
C.S.C.	Canadian Sentencing Commission
Ct. App.	Court of Appeal(s)
d.	der, des, den
dass.	dasselbe
D.C.	District Court (USA); District of Columbia (USA); Queen's Bench Division – Divisional Court (England)
ders.	derselbe
d. h.	das heißt
dies.	dieselbe(n)
DPP	Director of Public Prosecutions
dt.	deutsch
ECCC	Extraordinary Chambers in the Courts of Cambodia
E.D. Cal.	Eastern District of California
Emory Int'l L. Rev.	Emory International Law Review
EMRK	(Europäische) Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
E. R.	English Reports
et al.	et alii (dt. und andere)
EWCA Crim	Court of Appeal Criminal Division (England)
EWCA (Admin)	High Court (Administrative Court) (England)
F.	Federal Reporter
f., ff.	folgend(-e, -er)

Fed.Appx.	Federal Appendix
Fla. St. U. L. Rev.	Florida State University Law Review
Fn.	Fußnote(n)
Fordham Int. L. J.	Fordham International Law Journal
F. R. Crim. P.	Federal Rules of Criminal Procedure
F. Supp.	Federal Supplement
gem.	gemäß
Geo.	George
ggf.	gegebenenfalls
H. C.	House of Commons (Canada)
Hervorh.	Hervorhebung
h. M.	herrschende Meinung
ICC	International Criminal Court (dt. Internationaler Strafgerichtshof)
ICTY	International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia (dt. Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien)
ICTR	International Criminal Tribunal for Rwanda (dt. Internationaler Strafgerichtshof für Ruanda)
Idaho	Idaho Reports
IGH-Statut	Statut des Internationalen Gerichtshofs
ILCS	Illinois Compiled Statutes
Ind.	Supreme Court of Indiana
Ind. L. Rev.	Indiana Law Review
Int'l Crim. L. Rev.	International Criminal Law Review
i. n. S.	im natürlichen Sinne
insb.	insbesondere
Intramural L. Rev. N.Y.U.	Intramural Law Review of New York University
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof
IStGH-Statut	Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs
i. S. v.	im Sinne von
ItYBIL	Italian Yearbook of International Law
i. V. m.	in Verbindung mit
J., JJ.	Judge(s), Justice(s)
JA	Juristische Arbeitsblätter
J.A.	Justice of Appeal
JGG	Jugendgerichtsgesetz
JICJ	Journal of International Criminal Justice
JZ	Juristenzeitung
JuS	Juristische Schulung
K.B.	Law Reports, King's Bench
Kfz	Kraftfahrzeug
krit.	kritisch
La.	Louisiana
LC	Law Commission (England)
L.G.R.	Local Government Review
L.J.	Lord Justice
LJIL	Leiden Journal of International Law
LK	Strafgesetzbuch Leipziger Kommentar
LRCC	Law Reform Commission of Canada

Man. C.A.	Manitoba Court of Appeal
Mass.	Massachusetts Reports
Mass.App. Ct.	Appeals Court of Massachusetts; Massachusetts Appeals Court Reports
MBCA	Manitoba Court of Appeal
Md.	Maryland Reports
Md.App.	Maryland Appeal Reports
Md. Ct. Spec. App.	Court of Special Appeals of Maryland
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
Melb. J. Int. Law	Melbourne Journal of International Law
Mich.	Michigan
Minn.	Supreme Court of Minnesota
Minn. L. Rev.	Minnesota Law Review
M.L.R.	Modern Law Review
MPC	Model Penal Code (Modellstrafgesetzbuch der USA)
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
n.	application note; footnote
N.B.R.	New Brunswick Reports
N.C. App.	Court of Appeals of North Carolina
N.E.	North Eastern Reporter
Nfld. C.A.	Newfoundland Court of Appeal
Nfld. & P.E.I.R.	Newfoundland and Prince Edward Island Reports
N.H.	New Hampshire Reports
N.J.	Newfoundland Judgments (Canada)
N.J. Super. Ct. App. Div.	Superior Court of New Jersey, Appellate Division
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NK	Nomos-Kommentar
N.L.C.A.	Newfoundland and Labrador Court of Appeal
N.M.	New Mexico Reports; Supreme Court of New Mexico
N.M. L. Rev.	New Mexico Law Review
N.N.	Nomen nominandum
No.	number
Nr.	Nummer
NSCA, N.S. C.A.	Nova Scotia Court of Appeal
N.S.R.	Nova Scotia Reports
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
N.W.	North Western Reporter
Nw.J.L. & Soc Pol'y	Northwestern Journal of Law & Social Policy
N.Y.	New York; New York Reports
Ohio St.	Ohio State Reports
Ohio St. J. Crim. L.	Ohio State Journal of Criminal Law
OGH	Oberster Gerichtshof für die Britische Zone
O.J.	Quicklaw's Ontario Judgments
OLG	Oberlandesgericht
ONCA	Ontario Court of Appeal
Ont. C.A.	Ontario Court of Appeal
Ont. Dist. Ct.	Ontario District Court
Ont. S.C.	Ontario Supreme Court

P.	Pacific Reporter; President of the Queen's Bench Division
p.	page
par.	paragraphe(s) (dt. Absatz, Absätze)
para., paras	paragraph(s) (dt. Absatz, Absätze)
P. & C.R.	Property and Compensation Reports
P.E.I.S.C.	Prince Edward Island Supreme Court
Pt.	part
Q.A.C.	Québec Appeal Cases
Q.B.	Law Reports, Queen's Bench (England); New Brunswick Court of Queen's Bench
Que. C.A.	Québec Court of Appeal
R.	Rex (dt. König), Regina (dt. Königin)
r.	rule
RG	Reichsgericht
RGS	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
Rn.	Randnummer
RPE	Rules of Procedure and Evidence (dt. Verfahrens- und Beweisregeln)
R.S.	Revised Statutes
RSC	Revue de science criminelle et de droit penal comparé
R.S.C.	Revised Statutes of Canada
RStGB	Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich
R.T.R.	Road Traffic Reports
Rutgers L. J.	Rutgers Law Journal
s., ss.	siehe; section(s)
S.	Seite
Sask. C.A.	Saskatchewan Court of Appeal
SC	Sentencing Council (England)
S.C.	Statutes of Canada
S.C.C.	Supreme Court of Canada (Oberster Gerichtshof von Kanada)
Sch.	schedule
S.C.R.	Supreme Court Reports (Kanada)
S.Ct.	Supreme Court Reporter (USA)
S.E.	South Eastern Reporter
SK	Systematischer Kommentar
SKCA	Saskatchewan Court of Appeal
So.	Southern Reporter
sog.	so genannte(-r, -s)
S/S	Schönke/Schröder
SSW	Satzger/Schluckebier/Widmaier
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StV	Strafverteidiger
StVG	Straßenverkehrsgesetz
Suffolk Transnat'l L. Rev.	Suffolk Transnational Law Review
Sup. Ct. Rev.	Supreme Court Review
S.W.	South Western Reporter
Tenn.	Supreme Court of Tennessee

Tex.	Court of Criminal Appeals of Texas
Tul. J. Int'l & Comp. L.	Tulane Journal of International and Comparative Law
Tul. L. Rev.	Tulane Law Review
u. a.	unter anderem
U. Chi. L. Rev.	University of Chicago Law Review
U. Colo. L. Rev.	University of Colorado Law Review
U.K.	United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland (dt. Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland)
U. Pa. L. Rev.	University of Pennsylvania Law Review
U. Pitt. L. Rev.	University of Pittsburgh Law Review
U. Rich. L. Rev.	University of Richmond Law Review
US(A)	Vereinigte Staaten von Amerika
U.S.	United States Reports
U.S. Code	Code of Laws of the United States of America
U.S. Const. amend.	Amendment to the Constitution of the United States (dt. Zusatzartikel zur Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika)
USSC	United States Sentencing Commission
USSG	United States Sentencing Commission, Guidelines Manual
Utah	Court of Appeals of Utah
U. Tor. L. J.	University of Toronto Law Journal
u. U.	unter Umständen
v.	von, vom; versus
v. a.	vor allem
VereinsG	Vereinsgesetz
Verf.	Verfasser(s)
Vict.	Victoria
vgl.	vergleiche
V.S.A.	Vermont Statutes Annotated
VStGB	Völkerstrafgesetzbuch
Vt.	Vermont Reports; Supreme Court of Vermont
W.C.B.	Weekly Criminal Bulletin
Will.	William
Wis. L. Rev.	Wisconsin Law Review
WL	Westlaw
W.L.R.	The Weekly Law Reports
Wm. Mitchell L. Rev.	William Mitchell Law Review
W. Va. L. Rev.	West Virginia Law Review
Yale L. J.	The Yale Law Journal
YIHL	Yearbook of International Humanitarian Law
z. B.	zum Beispiel
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
zust.	zustimmend

Einleitung

§ 1 Das Interesse an der strafrechtlichen Konkurrenz im *Common Law*

Das Interesse der deutschen Rechtswissenschaft an der Behandlung strafrechtlicher Konkurrenzfragen in *Common Law*-Rechtsordnungen war über lange Zeit hinweg ziemlich begrenzt. Zum einen schien dieses Thema als für das deutsche Recht wenig relevant wahrgenommen worden zu sein. Zum anderen erweckte ein erster Blick darauf sogar den Eindruck, dass es im *Common Law* eigentlich gar keine Konkurrenzlehre gebe bzw. jedenfalls nichts von diesem Rechtskreis zu lernen sei. So befand *Merkel* in einem Gutachten aus dem Jahr 1908 über das englische und US-amerikanische Strafrecht:

„Dem englischen Strafrecht ist die Verbrechenskonkurrenz eine unbekannte Erscheinung. Es steht darin heute noch auf einer Stufe, die von der Gesetzgebung, zum mindesten aber – wie in Frankreich – von der Wissenschaft schon seit etwa hundert Jahren überschritten worden ist. Die englischen Entwürfe bringen darin so gut wie keinen Fortschritt; auch der amerikanische Entwurf ist nahezu ergebnislos. [Dass] sie in die rechtsvergleichende Betrachtung einbezogen worden sind, geschah mehr der Vollständigkeit halber, weniger in der Annahme, [dass] sie Interesse beanspruchen können.“¹

Fast 50 Jahre später erachtete *Stöcker* ebenfalls im Rahmen eines Gutachtens seine Erkenntnisse als für die Reform des deutschen Strafrechts wenig brauchbar und bestätigte im Grunde *Merkels* Einschätzung:

„Die kurzen Ausführungen über die Konkurrenzregelungen im anglo-amerikanischen Rechtskreis zeigen, [dass] von dort keine nützlichen Anregungen zu gewinnen sind, weder in dogmatischer Beziehung noch in Strafzumessungsfragen. Die fehlende Unterscheidung zwischen Gesetzes- und Idealkonkurrenz zeigt, [dass] die dogmatischen Fragen der Konkurrenz noch bei weitem nicht die Durcharbeitung gefunden haben wie insbesondere in den kontinental-europäischen Rechten.“²

* *Hudson v. Lee* (1589), 4 Co. Rep. 43a, 76 E. R. 989, 990.

¹ *Merkel*, in: Birkmeyer et al. (Hrsg.), Vergleichende Darstellung des deutschen und ausländischen Strafrechts, Band 5, 1908, S. 326.

² *Stöcker*, in: BMJ (Hrsg.), Materialien zur Strafrechtsreform, Band 2, 1954, S. 453.

Von diesen beiden Autoren abgesehen, wurde das Thema nur ausnahmsweise im Rahmen umfassenderer Projekte zum ausländischen Strafrecht oder spezifisch zur Konkurrenzlehre aufgegriffen und wurden infolgedessen Erkenntnisse herausgearbeitet.³ Jedoch wurde die strafrechtliche Konkurrenz gerade im *Common Law*⁴ als solche lange nicht schwerpunktmäßig in den Fokus gerückt. Vor allem in den vergangenen zwei bis drei Dekaden hat das Thema jedoch sowohl innerhalb jenes Rechtskreises als auch von Seiten der deutschen Strafrechtswissenschaft größere Aufmerksamkeit gefunden.

Das Interesse deutscher Autoren weckte maßgeblich die seit den 1990ern zu beobachtende rasante Entwicklung des modernen Völkerstrafrechts. Diese manifestierte sich vor allem in der Errichtung internationaler Strafgerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) und Ruanda (ICTR) sowie schließlich dem ständigen Internationalen Strafgerichtshof (IStGH). Diese Gerichtshöfe wurden – vor allem in ihren Verfahrensrechten – stark durch *Common Law*-Rechtsordnungen beeinflusst; speziell im Bereich der Konkurrenz hat sich die internationale Rechtsprechung stark am Recht der USA orientiert (vgl. 6. Kapitel). Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass von Seiten deutscher Juristen erste, häufig in einen schwerpunktmäßig völkerstrafrechtlichen Kontext eingebettete, Auseinandersetzungen mit der Konkurrenz im US-Recht und weiteren *Common Law*-Rechtsordnungen erfolgten. Vor allem die Arbeiten von *Stuckenberg*⁵,

³ Vgl. – nicht abschließend – für das englische Recht: *Heinemann*, Die Lehre von der Ideal Konkurrenz, 1893, S. 117 ff.; *Schuster*, in: von Liszt (Hrsg.), Die Strafgesetzgebung der Gegenwart in vergleichender Darstellung, Band 1: Das Strafrecht der Staaten Europas, 1894, S. 631 ff.; *Grünhut*, in: Mezger et al. (Hrsg.), Das ausländische Strafrecht der Gegenwart, Dritter Band, 1959, S. 190 f.; für das US-amerikanische Recht: *Honig*, in: Mezger et al. (Hrsg.), Das ausländische Strafrecht der Gegenwart, Viertes Band, 1962, S. 239–246; rechtsordnungsübergreifend: *Geerds*, Zur Lehre von der Konkurrenz im Strafrecht, 1961, S. 71–145; *Jescheck/Weigend*, Strafrecht AT, 5. Aufl. 1996, S. 725 f.

⁴ Dieser Begriff wird in vier verschiedenen Zusammenhängen gebraucht, vgl. *Rheinstein*, Einführung in die Rechtsvergleichung, 2. Aufl. 1987, S. 88 f., und bezeichnet

1. die Gesamtheit des angloamerikanischen Rechtskreises, – regelmäßig in Abgrenzung zu kontinentaleuropäisch geprägten Rechtsordnungen (*Civil Law*);
2. das einheitliche Recht Englands in Abgrenzung zu früheren örtlichen Gewohnheitsrechten;
3. das gegenüber dem geschriebenen Recht (*Statutory Law*) abzugrenzende Fallrecht (*Case Law*); sowie
4. innerhalb des Fallrechts das *Common Law* der ursprünglichen *Common Law Courts* gegenüber dem Billigkeitsrecht (*Equity*) des *Court of Chancery*.

In dieser Arbeit wird er grundsätzlich zur Bezeichnung des Rechtskreises sowie mitunter im dritten Zusammenhang gebraucht.

⁵ *Stuckenberg*, Double Jeopardy, 2001; *ders.*, in: Fischer et al. (Hrsg.), International and National Prosecution of Crimes Under International Law, 2001, S. 559 ff.; *ders.*, ZStW 113 (2001), 146 ff.

Walther⁶ und Hünerbein⁷ haben hier schon aufgezeigt, dass im *Common Law* gleiche Probleme wie im deutschen Recht auftreten und gelöst werden.

Auf diesen wertvollen Arbeiten aufbauend soll dieses Projekt eine Lücke füllen, indem die Konkurrenz in mehreren *Common Law*-Rechtsordnungen, soweit ersichtlich, zum ersten Mal schwerpunktmäßig im Rahmen einer Dissertation in den Fokus gestellt wird. Den Erkenntnissen der Vorarbeiten kann nicht nur mehr als eine weitere Dekade an Rechtsprechung hinzugefügt werden. Darüber hinaus hat das Thema der strafrechtlichen Konkurrenz gerade in den letzten Jahren – und vor allem nach Veröffentlichung der genannten Werke – ein reges Interesse innerhalb des *Common Law*-Rechtskreises selbst erfahren, was eine erneute Auseinandersetzung damit gewinnbringend erscheinen lässt: So wurde im Jahr 2012 in England eine Richtlinie (*Totality guideline*) erlassen, welche die Bestrafung mehrerer Gesetzesverletzungen zum ersten Mal zu strukturieren versucht. In Kanada wurde dieser Themenbereich 2015 durch den Gesetzgeber neu geordnet und in den USA wurde im Jahr 2017 eine Reform des dortigen Musterstrafgesetzbuchs (Model Penal Code) abgeschlossen, die gerade auch den Bereich der Bestrafung mehrerer Gesetzesverletzungen neu justiert. Auf der Ebene der Zulässigkeit einer kumulativen Verurteilung für mehrere Gesetzesverletzungen wurde in England im Jahr 2007 eine Art „fortgesetzte Tat“ in den Criminal Procedure Rules kodifiziert; und in den USA ist in den letzten Jahren nach einer scheinbar gefestigten Rechtsprechung zwischen den Obersten Gerichtshöfen eine Auseinandersetzung darüber aufgekommen, inwieweit bei der Verletzung mehrerer Strafgesetze durch dasselbe Verhalten die kumulative Verurteilung gestattet sein sollte.

Angesichts dieser spannenden Entwicklungen verwundert es nicht, dass sich Konkurrenzthemen in den *Common Law*-Rechtsordnungen auch von akademischer Seite nun verstärkt gewidmet und dazu geäußert wird, es handele sich um einen der am wenigsten theoretisch fundierten Teilbereiche des Strafrechts;⁸ – Ende 2015 war die Bestrafung mehrerer Gesetzesverletzungen sogar Gegenstand einer wissenschaftlichen Konferenz an der *University of Oxford*.⁹ Im deutschen

⁶ Walther, in: Cassese et al. (Hrsg.), *The Rome Statute of the International Criminal Court*, 2002, S. 481 ff.

⁷ Hünerbein, *Straftatkonkurrenzen im Völkerstrafrecht*, 2005, S. 44 ff.

⁸ Vgl. für die USA Cahill, *Ohio St. J. Crim. L.* 1 (2004), 599, 610 sowie den jüngsten Befund von ALI (Hrsg.), *Model Penal Code: Sentencing – Proposed Final Draft*, 2017, S. 381 („No American jurisdiction has formulated a satisfactory approach to the punishment of offenders convicted of multiple current offenses, in large part because of the complexity of the task.“).

⁹ Roberts/Harris, *More than one Crime? Sentencing for Multiple Offences*, 12.1.2016, abrufbar unter <https://www.law.ox.ac.uk/centres-institutes/centre-criminology/blog/2016/01/more-than-one-crime-sentencing-multiple-offences> (Abruf. v. 1.9.2018). Ein dazugehöriger Tagungs-

Recht hingegen mag eher das Gegenteil der „Überdogmatisierung“¹⁰ zutreffen, wenn etwa im Bereich der Handlungseinheiten oder der Gesetzeskonkurrenz eine Vielzahl an theoretischen Konzepten existiert, jedoch eine alles andere als kohärente terminologische Vielfalt das ohnehin nicht einfache Thema der Konkurrenz unnötigerweise verkompliziert; – so mancher Autor¹¹ nennt die Konkurrenz sogar ein „leidiges“ Thema.

§ 2 Ziel, Gang und Methodik der Untersuchung

Ziel dieser Arbeit ist es mithin, den gegenwärtigen Zustand des Konkurrenzrechts in für den Rechtskreis des *Common Law* möglichst repräsentativen Rechtsordnungen aufzubereiten und dem deutschen Recht gegenüberzustellen. Hierbei sollen insbesondere rechtsordnungsübergreifende Gemeinsamkeiten herausgearbeitet werden, um sich einer Art gemeinsamen Nenner des Konkurrenzrechts zu nähern. Denn während in anderen Bereichen des Strafrechts schon verstärkt strafrechtsvergleichend im Hinblick auf übergreifende Gemeinsamkeiten geforscht wird, wird das Thema der Konkurrenzen regelmäßig ausgespart. Auch diesem Umstand will die vorliegende Arbeit Rechnung tragen.

Da *Common Law*-Rechtsordnungen begrifflich gerade keine Konkurrenzlehre kennen¹² und von Einflüssen des Kontinents in dieser Hinsicht weitgehend unberührt geblieben sind, bieten gerade diese sich an, die in beiden Rechtskreisen angestellten Überlegungen zusammenzuführen. Die Arbeit mündet auf Grundlage der rechtsvergleichenden Erkenntnisse sodann in einen Vorschlag zur Reform der Konkurrenz im deutschen Recht: So wird sich insbesondere die Differenzierung zwischen Tateinheit und Tatmehrheit als für die *Form der Bestrafung* mehrerer Gesetzesverletzungen nicht notwendig erweisen. Vielmehr wird für eine generelle Form der Kumulativbestrafung plädiert. Dennoch werden die Kategorien der Ideal- und Realkonkurrenz beizubehalten sein, denn die Arbeit wird gerade auch zeigen, dass das Konzept der Idealkonkurrenz¹³ in seiner Klarstel-

band ist im Jahr 2018 erschienen, vgl. *Ryberg/Roberts/de Keijser* (Hrsg.), *Sentencing Multiple Crimes*, Oxford/New York 2018.

¹⁰ Diesen Begriff verwendet *Ambos*, JICJ 4 (2006), 660, 669 für eine exzessiv theoretische und abstrakte Dogmatik.

¹¹ Vgl. *Kühl*, JA 1978, 475.

¹² *Geerds*, Zur Lehre von der Konkurrenz im Strafrecht, 1961, S. 73 (Fn. 7), 83; *Stuckenberg*, ZStW 113 (2001), 146, 148. Der etwa im englischen Recht bekannte Begriff der *concurrency* bezieht sich auf das zeitliche Zusammentreffen von *actus reus* und *mens rea*, vgl. *Dine/Gobert/Wilson*, *Cases & Materials on Criminal Law*, 6. Aufl. 2011, S. 56. Er entspricht im deutschen Recht mithin dem Simultan- oder Koinzidenzprinzip.

¹³ Welches selbstverständlich auch in vielen anderen *Civil Law*-Rechtsordnungen existiert,

lungsfunktion äußerst wertvoll ist, wenn die Auswirkungen seines Fehlens in den *Common Law*-Rechtsordnungen untersucht werden.

Das Fehlen der uns bekannten Kategorien in *Common Law*-Rechten bedingt, dass verglichen werden muss, was funktional die gleichen Sachprobleme löst.¹⁴ Daher wird unter Konkurrenz für die Zwecke dieser Arbeit verstanden, dass ein Täter begrifflich mehrere Strafgesetze verletzt und diese in einem einzigen Verfahren zur Aburteilung stehen. Grundsätzlich außer Betracht bleiben daher nicht in einem Verfahren abgeurteilte Deliktismehrheiten. Die Leitfragen der Untersuchung lauten demnach:

1. Inwieweit sind bei einer formellen Erfüllung von begrifflich verschiedenen Strafgesetzen diese kumulativ in der Verurteilung anwendbar?
2. Inwieweit ist bei einer formell mehrfachen Erfüllung des begrifflich selben Strafgesetzes dieses kumulativ in der Verurteilung anwendbar?
3. Wie wird bei der Anwendbarkeit von mehreren Gesetzesverletzungen in Form und Sache die tatsächlich verhängte Endstrafe gebildet?

Die Darstellung gliedert sich in vier Landesberichte, eine vergleichende Analyse sowie ein Kapitel zum Völkerstrafrecht.

Zunächst erfolgt eine Aufbereitung der Grundzüge der strafrechtlichen Konkurrenzlehre im deutschen Recht (1. Kapitel). In drei weiteren Landesberichten werden dann entsprechende Äquivalente in *Common Law*-Rechtsordnungen herausgearbeitet. Um die durch eine enorme Stofffülle bedingte Fehleranfälligkeit gering zu halten¹⁵ und um einen hinreichenden Erkenntnisgewinn zu gewährleisten¹⁶, soll folgende Beschränkung getroffen werden, ohne dass die Repräsentativität für den *Common Law*-Rechtskreis dadurch Schaden nimmt:

Die Einbeziehung von England und Wales¹⁷ (2. Kapitel) als Ursprungsraum des *Common Law* erscheint bei einer Untersuchung dieses Rechtskreises unabdingbar, weil das dortige Recht seit jeher sowohl methodisch als auch inhaltlich das Recht vieler weiterer *Common Law*-Rechtsordnungen beeinflusst hat.¹⁸ Ferner wurde das kanadische Strafrecht (3. Kapitel) maßgeblich aus zwei Gründen einbezogen. Zum einen ist es aufgrund seiner landesweit einheitlichen Geltung relativ leicht handhabbar. Zum anderen weist Kanada gerade in Fragen der Kon-

vgl. Geerds, Zur Lehre von der Konkurrenz im Strafrecht, 1961, S. 86 ff., 108 ff.; Hünerbein, Straftatkonkurrenzen im Völkerstrafrecht, 2005, S. 40 ff.

¹⁴ Vgl. Zweigert/Kötz, Einführung in die Rechtsvergleichung, 3. Aufl. 1996, S. 33.

¹⁵ Vgl. Jescheck, Entwicklung, Aufgaben und Methoden der Strafrechtsvergleichung, 1955, S. 37 f.

¹⁶ Vgl. Zweigert/Kötz, Einführung in die Rechtsvergleichung, 1996, S. 40.

¹⁷ Wenn im Laufe der Arbeit vom „englischen Strafrecht“ die Rede ist, ist damit das Strafrecht von England und Wales gemeint.

¹⁸ Vgl. Blumenwitz, Einführung in das anglo-amerikanische Recht, 7. Aufl. 2003, S. 4.

kurrenz eine selbst gegenüber anderen *Common Law*-Rechtsordnungen relativ eigenständige Rechtsprechung auf und ist daher sehr interessant für die Zwecke dieses Vorhabens. Schließlich erscheint in einem Rechtsvergleich mit dem *Common Law* die Einbeziehung des US-amerikanischen Rechts wegen der langen Selbstständigkeit vom kolonialen Mutterland und der damit verbundenen hinreichend eigenen Ansätze erforderlich (4. Kapitel).¹⁹ Dabei muss allerdings die föderale Ordnung der USA mit Strafrecht auf allen staatlichen Ebenen vom Bund über die Bundesstaaten bis hin zur Kommune berücksichtigt werden.²⁰ Im Vordergrund wird daher das Bundesstrafrecht stehen, welches im hier relevanten Bereich ohnehin stark auf die bundesstaatlichen Strafrechtsordnungen einwirkt, wie noch gezeigt werden wird.

An die vier Landesberichte schließt im 5. Kapitel die Rechtsvergleichung an, welche nach Sachfragen gegliedert und rechtsordnungsübergreifend erfolgt. Abschließend wird im 6. Kapitel der seit inzwischen eineinhalb Jahrzehnten von der Rechtsprechung angewendete, aber in den vorgenannten Werken anderer Autoren zumeist noch nicht berücksichtigte *Čelebići*-Test kritisch beleuchtet. Dieser bestimmt im Völkerstrafrecht bei mehreren nominell erfüllten verschiedenen Tatbeständen die tatsächlich in der Verurteilung anwendbaren Tatbestände. Dieses Kapitel bietet sich an, weil dieser Test inhaltlich weitgehend dem im US-amerikanischen Bundesstrafrecht angewendeten, in dieser Arbeit ausführlich beleuchteten *Blockburger*-Test entspricht und ähnliche Probleme mit sich bringt. Auch weitere im Völkerstrafrecht versuchte Tests basierten auf *Blockburger*, sodass es sich lohnt, dem besonderen Einfluss des US-amerikanischen Rechts auf das Völkerstrafrecht in diesem Teilbereich Aufmerksamkeit zu schenken. Hier wird diese Arbeit aufzeigen, dass sich die völkerstrafrechtliche Rechtsprechung in problematischer Weise einseitig am Bundesrecht der USA orientiert, weil dieses jedenfalls hinter den anderen hier untersuchten Rechtsordnungen zum Nachteil des Angeklagten zurückbleibt. Ferner wird sich zeigen, dass es durch ausschließliche Anwendung dieses Tests im Völkerstrafrecht sogar zu einer strengeren Handhabung dieser Konkurrenzfragen kommt als in den USA selbst. Infolgedessen wird für eine Modifikation des Tests bei Einführung der Idealkonkurrenz in das Völkerstrafrecht plädiert.

Aufgrund der enormen Materialfülle, selbst innerhalb der hier einbezogenen Rechtsordnungen, musste eine weitere methodische Beschränkung getroffen werden. Diese besteht darin, dass sich die Arbeit auf die *tatsächlich* in den Rechtsordnungen angewendeten, mithin von der Rechtsprechung vertretenen Lösungen fokussiert.

¹⁹ Vgl. *Zweigert/Kötz*, Einführung in die Rechtsvergleichung, 1996, S. 40; *Blumenwitz*, Einführung in das anglo-amerikanische Recht, 2003, S. 26.

²⁰ Vgl. *Dubber*, Einführung in das US-amerikanische Strafrecht, 2005, S. 2 f.

1. Kapitel

Die Grundzüge der Konkurrenzlehre im deutschen Strafrecht

Um einen Vergleich der *Common Law*-Äquivalente mit dem deutschen Recht zu ermöglichen, soll die Konkurrenzlehre des deutschen Rechts nach den oben angesprochenen Fragen aufgliedert dargestellt werden. Zunächst wird untersucht, inwieweit im deutschen Recht mehrere begriffliche Erfüllungen desselben Tatbestands zu nur einer anwendbaren Gesetzesverletzung führen (§ 1). Anschließend, inwieweit dies bei der Erfüllung von begrifflich verschiedenen Tatbeständen gilt (§ 2). Schließlich wird darauf eingegangen, wie bei mehreren anwendbaren Gesetzesverletzungen eine Endstrafe gebildet wird (§ 3).

§ 1 Eine Gesetzesverletzung bei mehrfacher Realisierung desselben Tatbestands

Das deutsche Strafrecht geht in § 53 StGB von dem Grundsatz aus, dass mehrere in einem Verfahren abzuurteilende nominelle Gesetzesverletzungen verschiedene, in die Verurteilung aufzunehmende Straftaten darstellen. Dabei kann auch mehrfach derselbe Tatbestand verletzt werden, was zu mehreren gleichen Straftaten i. S. v. § 53 Abs. 1 StGB führt (sog. gleichartige Realkonkurrenz).¹ Davon gibt es zwei Ausnahmen:

Zum einen kann trotz mehrfacher Tatbestandserfüllung eine Handlung(seinheit) zu einer einzigen materiellen Gesetzesverletzung im Sinne des § 52 Abs. 1 StGB führen, was dessen Anwendung mangels konkurrierender Gesetzesverletzungen ausschließt (1. Kap. § 3 A. I.). Zum anderen zeigt der Wortlaut des § 52 Abs. 1 StGB („Verletzt dieselbe Handlung [...] dasselbe Strafgesetz mehrmals“), dass auch bei mehrfacher Verletzung desselben Tatbestands durch eine einzige Handlung noch mehrere Gesetzesverletzungen anzunehmen sein können (gleichartige Idealkonkurrenz).

¹ Jescheck/Weigend, Strafrecht AT, 1996, S. 726.

Wann die erste Ausnahmekonstellation anzunehmen ist, soll im Vordergrund der folgenden Ausführungen stehen (A.). Dann wird zur gleichartigen Idealkonkurrenz abgegrenzt (B.). Schließlich wird für die Zwecke des Vergleichs gezeigt, dass im deutschen Recht das Gericht nicht an die von der Anklage vorgegebene Anzahl der Gesetzesverletzungen gebunden ist (C.).

A. Zu einer einzigen Gesetzesverletzung führende Handlungseinheiten

Die Rechtsprechung nimmt unter gewissen Voraussetzungen bei begrifflich mehrfacher Verwirklichung eines Tatbestands eine einzige Gesetzesverletzung an. Terminologisch unterscheidet sie Dauerdelikte (I.), die tatbestandliche Handlungseinheit (II.), die Bewertungseinheit (III.), die natürliche Handlungseinheit (IV.) sowie – in der älteren Rechtsprechung – die Fortsetzungstat (V.). Eine einheitliche Gesetzesverletzung in diesem Sinne wird häufig als „Tat im Rechtssinne“ bezeichnet.²

I. Das Dauerdelikt

Bei einem Dauerdelikt wird ein durch den Täter geschaffener rechtswidriger Zustand willentlich aufrechterhalten oder eine Tätigkeit ununterbrochen fortgesetzt, sodass der strafrechtliche Vorwurf sowohl an die Begründung als auch die Aufrechterhaltung/Fortsetzung anknüpft.³ Als Beispiele für Dauerdelikte werden zumeist der Hausfriedensbruch (§ 123 Abs. 1 StGB) und die Freiheitsberaubung (§ 239 Abs. 1 StGB) für aufrechtzuerhaltende Zustandsdelikte angeführt bzw. die Trunkenheit im Verkehr (§ 316 Abs. 1 StGB) oder das Fahren ohne Fahrerlaubnis (§ 21 Abs. 1 Nr. 1 StVG) als fortgeführte Tätigkeitsdelikte genannt.⁴ Auch Besitzdelikte werden dogmatisch als Dauerdelikte behandelt.⁵

Alle den Zustand aufrechterhaltenden bzw. die Tätigkeit fortsetzenden, den Tatbestand nominell nochmals erfüllenden Einzelhandlungen werden hier zu ei-

² Vgl. BGH NJW 1970, 255, 257; BGH NJW 1990, 194, 196; BGH NStZ 1990, 490, 491; BGH NStZ-RR 2000, 139; so auch *Walter*, JA 2004, 133, 136. Der BGH verwendet diesen Begriff mitunter auch für mehrere Gesetzesverletzungen in Form der Idealkonkurrenz, vgl. BGH NJW 1977, 2321. Ferner findet man den Begriff der „Verbrechenseinheit“, vgl. *Geerds*, Zur Lehre von der Konkurrenz im Strafrecht, 1961, S. 257; *Schmitt*, ZStW 75 (1963), 43, 57, 59.

³ BGH NJW 1990, 194, 196; BGH NJW 1996, 3424.

⁴ *Keller*, Zur tatbestandlichen Handlungseinheit, 2004, S. 32; *S/S-Sternberg-Lieben/Bosch*, StGB, 29. Aufl. 2014, Vor §§ 52 ff. Rn. 81; *SSW-Eschelbach*, StGB, 3. Aufl. 2016, § 52 Rn. 41 f.

⁵ *SSW-Eschelbach*, StGB, 2016, § 52 Rn. 41; vgl. *S/S-Sternberg-Lieben/Bosch*, StGB, 2014, Vor §§ 52 ff. Rn. 81; krit. *Eckstein*, ZStW 117 (2005), 107, 110 ff., 135 ff.

ner einzigen Tatbestandsmäßigkeit verschmolzen.⁶ In der abstrakt-tatbestandlich geforderten *Notwendigkeit* der zeitlich andauernden Tatbegehung und damit der kontinuierlichen Verletzung des Tatbestands liegt der das Dauerdelikt auszeichnende Umstand im Gegensatz zu reinen Zustandsdelikten,⁷ bei denen die mehrmalige punktuelle Verwirklichung allerdings nach anderen Kategorien noch zu einer einzigen Gesetzesverletzung führen kann.⁸ Die Aufrechterhaltung bzw. Fortführung muss also grundsätzlich ununterbrochen sein,⁹ jedoch sollen bloß sehr kurze, unwesentliche Unterbrechungen das Dauerdelikt noch nicht in mehrere Gesetzesverletzungen aufspalten.¹⁰

Ein nicht im normalen Lauf der Dauertätigkeit liegendes Ereignis konnte – jedenfalls nach bisheriger Rechtsprechung – zu einer das Dauerdelikt in tatmehrheitliche Gesetzesverletzungen teilenden Zäsur führen. Wenn beispielsweise ein Täter des ununterbrochenen unerlaubten Waffenbesitzes den Entschluss fasste, die Waffe bei der Begehung eines anderen Delikts zu führen, stellte dies eine relevante Zäsur dar, weil eine solche Begehung regelmäßig nicht mit der Dauerstraftat des unerlaubten Waffenbesitzes verbunden ist.¹¹ Bei den Organisationsdelikten der §§ 129 Abs. 1 Alt. 2, 129a Abs. 1 Alt. 2 StGB hingegen stellte ein solcher Entschluss bislang keine in diesem Sinne relevante Zäsur dar, weil die Begehung von Straftaten gerade der Zweck entsprechender Vereinigungen ist, an welchen sich der Täter mitgliedschaftlich beteiligt.¹²

In einer neueren Entscheidung wurde diese konkurrenzrechtliche Einordnung der §§ 129 Abs. 1 Alt. 2, 129a Abs. 1 Alt. 2 StGB allerdings verworfen. So führe auch dort die Verletzung eines weiteren Strafgesetzes zu tatmehrheitlichen Verletzungen des Organisationsdelikts.¹³ Allerdings sei das Kriterium des Tatentchlusses hierfür unerheblich. Vielmehr sei in *objektiver* Hinsicht wegen der ungleichwertigen Qualität entsprechender Beteiligungsakte keine Zusammenfassung zu einer Handlungseinheit materiell gerechtfertigt, wenn das eine Mal

⁶ Vgl. *Roxin*, Strafrecht AT, Band 2, 2003, § 33 Rn. 22; vgl. *S/S-Sternberg-Lieben/Bosch*, StGB, 2014, Vor §§ 52 ff. Rn. 81; vgl. *Murmann*, Grundkurs Strafrecht, 4. Aufl. 2017, § 31 Rn. 35.

⁷ Vgl. BGH NJW 1990, 194, 196; vgl. BGH NJW 1996, 3424; *Keller*, Zur tatbestandlichen Handlungseinheit, 2004, S. 32 f.

⁸ Vgl. BGH NJW 1996, 3424.

⁹ Vgl. BGH NJW 1990, 194, 196; vgl. BGH NJW 1996, 3424; vgl. BGH NSTz 1996, 129, 130; vgl. BGH NJW 1998, 1652; *SSW-Eschelbach*, StGB, 2016, § 52 Rn. 40.

¹⁰ Vgl. BayObLG NJW 1960, 879; vgl. OLG Stuttgart NJW 1964, 1913; vgl. jüngst BGH, Beschluss v. 9. März 2016 – 4 StR 60/16, Rn. 2; *Roxin*, Strafrecht AT, Band 2, 2003, § 33 Rn. 23; *MüKo-Heintschel-Heinegg*, StGB, Band 2, 3. Aufl. 2016, § 52 Rn. 29.

¹¹ BGH NJW 1989, 1810 f.; vgl. BGH NJW 2016, 657, 659.

¹² Vgl. BGH NJW 1980, 2718; vgl. BGH NJW 1989, 1810.

¹³ BGH NJW 2016, 657 ff.

ein anderer Straftatbestand mitrealisiert wird und das andere Mal nicht.¹⁴ Ob damit das Kriterium des Tatenschlusses auch für Dauerstraftaten, wie etwa den unerlaubten Waffenbesitz, aufgegeben ist, ist noch nicht geklärt.¹⁵ Dies ist u. a. darauf zurückzuführen, dass die neuere Rechtsprechung die mitgliedschaftliche Beteiligung nicht mehr als Dauerdelikt, sondern als eine im Folgenden zu behandelnde tatbestandliche Handlungseinheit aufgrund pauschalisierender Handlungsumschreibung ansieht, weil die Tatbestände nicht an die bloße *Mitgliedschaft*, sondern an die nicht notwendig fortlaufende *Beteiligung* an einer Vereinigung anknüpfen.¹⁶

II. Die tatbestandliche Handlungseinheit

Die tatbestandliche Handlungseinheit kommt bei Tatbeständen in Betracht, die im Unterschied zu den Dauerdelikten nicht begriffsnotwendig eine andauernde Tatbestandserfüllung verlangen. Bei diesen Tatbeständen kann vielmehr schon ein punktueller Einzelakt den Tatbestand verwirklichen, wobei er typischerweise allerdings mehrfach realisiert wird.¹⁷ Entscheidendes Prüfungskriterium ist, ob der Tatbestand

„in erster Linie ein über den Einzelfall hinausreichendes, auf gleichartige Tatwiederholungen gerichtetes Verhalten, somit ganze Handlungskomplexe treffen [soll].“¹⁸

Während der Begriff in einem hier verwendeten engeren Sinne in Abgrenzung zum Dauerdelikt und der natürlichen Handlungseinheit gebraucht wird,¹⁹ wird er auch in einem weiteren Sinne als Oberbegriff²⁰ für andere normativ vermittelte Handlungseinheiten (insb. auch Dauerdelikte) verwendet.²¹

¹⁴ BGH NJW 2016, 657, 659 f.

¹⁵ Vgl. *Puppe*, JZ 2016, 478, 480; *dies.*, JuS 2017, 503, 505 ff., die dies befürwortet.

¹⁶ Vgl. BGH NStZ 2002, 329, 330 f.; BGH NJW 2016, 657 f., 659; BGH, Urteil v. 7.9.2016 – 1 StR 522/15, Rn. 15; BGH, Beschluss v. 20.12.2016 – 3 StR 355/16, Rn. 5; so auch die Begründung von *Werle*, NJW 1980, 2671, 2674 („Bewertungseinheit“); vgl. auch *Geppert*, JURA 2000, 598, 602; vgl. *LK-Rissing-van Saan*, StGB, Band 2, 12. Aufl. 2006, Vor § 52 Rn. 24; a. A. (Dauerstraftat) noch BGH NJW 1980, 2718 f.; BGH NJW 1989, 1810; *Kühl*, Strafrecht AT, 8. Aufl. 2017, § 21 Rn. 24.

¹⁷ Vgl. BGH NJW 1994, 1663, 1669; BGH NJW 1996, 3424; BGH NStZ 1997, 487, 488; *Roxin*, Strafrecht AT, Band 2, 2003, § 33 Rn. 27.

¹⁸ BGH NJW 1994, 1663, 1669; BGH NStZ 1997, 487, 488; BGH NJW 1998, 1652; BGH NStZ 1999, 396, 403.

¹⁹ Vgl. BGH NJW 1998, 1652.

²⁰ Vgl. BGH NStZ 1997, 487 f.; BGH NJW 2016, 657, 658 f.; *Kühl*, JA 1978, 475, 479; *Geppert*, NStZ 1996, 57, 59; *Roxin*, Strafrecht AT, Band 2, 2003, § 33 Rn. 15, 19 ff.; *Seher*, JuS 2004, 392, 393; *Walter*, JA 2004, 572, 573; *Steinberg/Bergmann*, JURA 2009, 905, 907; *MüKo-Heintschel-Heinegg*, StGB, Band 2, 2016, § 52 Rn. 24; *Puppe*, JuS 2017, 503 ff.

Sachverzeichnis

- Abfallbeseitigung, unerlaubte 33
Absorption 45 f., 183 f., 199, 204, 206,
227 f., 241, 305
Alternative verdict, *siehe* Lesser included
offence
Angriff 66, 67, 95–97, 115 f., 137, 148, 151,
155 f., 166–169, 189 f., 219, 236, 240,
253 f., 297 f., 300 f., 307 f.
Anklage, kumulative 55–72, 126–129,
171–175, 222, 291, 301–304
Anstiftung 34
Asperation 48, 208
Ausführungsidentität 21 f., 40–42, 84 f.,
90–97, 110 f., 127–129, 133–138,
184–186, 189–191, 198–201, 216–224,
254
Ausrottung 277, 290 f., 294
Ausüben geheimdienstlicher Tätigkeit 11,
260
Autrefois convict 51, 77, 102, 106, 117
- Ball-Rechtsprechung 153, 246, 248
Bedrohung 97, 121, 124, 136, 220
Begleitatt, typische 34–36
Beihilfe 34
Belästigung 65, 81, 121
Bell-Rechtsprechung 166–168, 253
Besitzdelikt 8, 163 f., 259
Betätigungsverbot, vereinsrechtliches 12
Betrug 21, 32 f., 85, 95, 97, 120, 124, 128,
165, 171, 192 f., 222, 238, 254
Beweisnotwendigkeit, konkrete 242–245,
248 f., 276 f., 289 f., 292–301, 308
Bewertungseinheit 11–14, 20, 41, 260 f.,
263, 265–268
Blackstone 51
- Blockburger-Test 146–159, 161, 173 f.,
180–183, 231, 236, 241–243, 245, 248,
269–273, 276–278, 288 f., 296 f., 304–306
Brandstiftung 23, 82, 112, 154, 235, 241,
245, 249
Briefgeheimnis, Verletzung 35
- Canadian Charter of Rights and Free-
doms 106 f.
Canadian Sentencing Commission 131
Carving doctrine 185 f.
Čelebići-Test 269 f., 278–308
– Kritik 304 f.
Chapeau-Elemente 283 f., 290, 306
Charged conduct approach 163, 264 f.
Closely related counts 189–193
Common element test 111, 248
Common Law, Begriff 2
Companies Act 2006 71
Compound crime problem 149 f.
Concurrent-Plus Sentencing 206
Connelly-Prinzip 77 f., 266
Consideration guideline 101–102
Consideration-Verfahren 88 f., 101–103,
143, 205
Constitution Act 1867 106
Constitution Act 1982 106
Continuing criminal enterprise 151, 154
Continuing offence 69–72, 125, 128 f.,
161–164, 173, 177, 258 f., 264–267
Continuing offence, *siehe* Continuing
offence
Continuous offence, *siehe* Continuing
offence
Continuous offense, *siehe* Continuing
offence
Coroners and Justice Act 2009 87

- Course of conduct 62, 66–68, 265 f., *siehe auch* Single activity
 Criminal Code of Canada 106
 Criminal Damage Act 1971 82
 Criminal Justice Act 2003 87 f.
 Criminal Law Act 1967 54, 73–83
 Criminal Procedure Act 1836 54
 Criminal Procedure Rules 2015 3, 55–59

 Dauerdelikt 8–10, 41, 43, 258 f., 261
 Diebstahl 15 f., 21–23, 28, 37 f., 58, 63–65, 70, 76, 83, 86 f., 94–98, 119 f., 128, 134 f., 169 f., 192, 220, 232, 235, 252–257, 263, 268, 276
 Different elements-Test 275–277
 Different values-Test 273–275
 Doctrine of election 53, 55
 Doppelverurteilungsverbot 76–87, 106–125, 146–170, 179–186, 227 f., 231–246, 272–281
 Double jeopardy 145 f., 153 f., 157, 175, 178 f., 231, 270
 Drogenbesitz 81, 92, 94, 159, 236 f., 306 f.
 Drogenhandel 12, 165, 192, 260, 262
 Duplicity 61–72, 126 f., 172–174, 265 f.
 Durchgangsstadium, notwendiges 31–34, 229, 273 f.

 Einbruch 75, 86, 119 f., 244 f., *siehe auch* Wohnungseinbruchdiebstahl
 Einheitsstrafe 25, 46 f., 131, 143, 204–207, 214
 Einheitstheorie 45
 Einsatzstrafe 48 f.
 Elrington-Prinzip 78 f., 117
 Entführung 125, 164, 189, 192, 259
 Erpressung, räuberische 14
 Essence of the offense-Test 156

 Fahren ohne Fahrerlaubnis 8, 91–93, 135, 217 f.
 Fahrlässigkeitsdelikt 33 f., 37, 127 f., 169, 250
 Falschaussage, uneidliche 33
 Fälschung 95, 189, 222, *siehe auch* Urkundenfälschung
 Firearms Act 1968 94 f.
 Folter 273, 281, 292, 294, 298–300, 308

 Forensic alternatives 85
 Fortsetzungstat 3, 17–20, 222, 263–267
 – Aufgabe 19 f.
 – Voraussetzungen 18 f.
 Four-factor Denton test 181 f.
 Fraud Act 2006 71
 Freiheitsberaubung 8, 29, 58 f., 125, 259, 294
 Freiheitsstrafe, lebenslange 48, 100, 142 f., 209

 Gebrauchsnaßung 76, 83, 162, 182, 237, 259
 Geldwäsche 67, 163 f.
 Genozid, *siehe* Völkermord
 Gesamtbetrachtungslehre 17
 Gesamtstrafe 25, 47–50, 207–210, 214
 – Kritik 50
 Gesamtvorsatz 18 f., 265
 Gesetzeskonkurrenz 12, 25–27, 225, 240 f., 246, 250
 Gewässerunreinigung 33
 Globalstrafe 204
 Goodridge approach 130 f., 207 f.

 Handlung, materielle 24, 40–45, 215, 224
 Handlungseinheit, natürliche 12, 14–17, 20, 22–24, 44 f., 215 f., 219 f., 255 f., 260, 263–268
 Handlungseinheit, tatbestandliche 10–14, 20, 43, 260 f., 265 f., 268
 Handlungsumschreibung, pauschale 11, 260
 Hatch approach 131, 207 f.
 Hausfriedensbruch 8, 35, 136, 234 f.
 Hehlerei 38, 62–64, 86 f., 92, 170, 220, 232

 Idealkonkurrenz 20–24, 39–47, 215, 219, 244, 247–251, 255–257, 267, 305 f., 311
 – gleichartige Idealkonkurrenz 7, 21–25, 45 f., 255–257
 – Klarstellungsfunktion 28, 215, 225 f., 241, 249, 267
 – ungleichartige Idealkonkurrenz 46 f.
 Indictments Act 1915 54, 56, 58
 Inklusion, abstrakt-tatbestandliche 228–231
 Interferenz, abstrakt-tatbestandliche 231–246, 273 f., 289, 305, 307 f.

- Jewell approach 131, 207 f.
- Joinder of offences, *siehe* Anklage, kumulative
- Justizbehinderung 57, 96
- Kienapple-Prinzip, *siehe* Rule against multiple convictions
- Klarstellungsfunktion 28, 215, 225 f., 241, 249, 267
- Konkurrenz, unechte, *siehe* Gesetzeskonkurrenz
- Konsumtion 34–38, 234, 236 f., 244, 250, 273 f.
- Körperverletzung 15, 22, 31 f., 35 f., 66, 74 f., 81 f., 85 f., 95, 110, 115 f., 119 f., 123 f., 166, 180, 229 f., 234–236, 239 f., 243–245, 249, 252 f., 258, 268, 276
- Kreditbetrug 32 f., 238
- Kriegsverbrechen 274, 281, 284, 286–288, 292, 297 f., 300 f., 306–308
- Kumulativstrafrahmen 209–213, 250 f., 256, 267 f., 310 f.
- Law Reform Commission of Canada 122, 147
- Lesser included offence 73–83, 113–118, 127, 129, 148 f., 174, 176, 230, 235, 237, 239, 273, 275 f., 302 f.
- Lex primaria derogat legi subsidiariae, *siehe* Subsidiarität
- Lex specialis derogat legi generali, *siehe* Spezialität
- Luckett-Rechtsprechung 115 f., 120, 235 f., 239 f., 244 f.
- Mehrheitstheorie 45
- Meineid 33, 112, 246
- Mengenrabatt 100, 141, 208
- Merger doctrine 52, 159
- Missachtung des Gerichts 151, 162, 245
- Model Penal Code 3, 158, 176 f., 195–198, 206, 211, 242, 245
- Reform 3, 196–198, 206, 211
- Mord 54 f., 58, 75 f., 78 f., 83, 85 f., 116, 120, 129, 134, 136, 150, 180, 192, 239, 272, 276 f., 290–294, 297 f.
- Multiplicity 129, 172, 174 f.
- Musteranklagepunkt 68 f.
- Nachtat, mitbestrafte 37 f.
- Ne bis in idem 270
- Neal test 184, 186
- Necessary ingredient-Test 116 f.
- Necessary step-Test 74
- Nötigung 28–30, 235
- Opfer 18 f., 20–24, 58, 65–69, 90, 95–98, 113, 123 f., 127 f., 135–137, 166–170, 182 f., 189–192, 217–222, 252–257, 266, 310
- Organisationsdelikt 9 f., 142
- Pauschale Handlungsumschreibung 11, 260
- Postbetrug 171, 189–192
- Powers of Criminal Courts (Sentencing) Act 2000 87–89
- Prince-Rechtsprechung 157–159, 170, 177, 236, 241, 245, 248, 306
- Prohibition against multiple punishment 145, 176
- Quasi-Inklusion 233–237, 249 f., 306 f., 310
- Raub 28, 35 f., 58, 65, 94, 115, 119 f., 137, 150, 154 f., 157 f., 167–170, 190–192, 220, 235 f., 243 f., 276
- Realkonkurrenz 47–50, 215, 268
- gleichartige Realkonkurrenz 7, 23–25
- Rechtsgüter, höchstpersönliche 21–24, 219, 224, 252 f., 263 f., 267
- Red pencil-Test 73 f.
- Reform, Model Penal Code 3, 196–198, 206, 211
- Rule against multiple convictions 106–125, 227, 230, 236, 240 f., 245
- Anerkennung 108–110
- Rechtsgrundlage 106–108
- Reichweite 110–113
- Rule of lenity 155, 166 f., 253 f.
- Sachbeschädigung 21 f., 35, 181, 252
- Same elements test, *siehe* Blockburger-Test
- Scheinkonkurrenz, *siehe* Gesetzeskonkurrenz
- Schmuggel 64
- Schwangerschaftsabbruch 32

- Sentencing Council for England and Wales 87, 101, 211
 Serientat 20, 57 f., 68, 97 f., 135, 137, 221 f.,
siehe auch Course of conduct
 Single Activity 63–66, 265 f., *siehe auch*
 Course of conduct
 Single impulse 165 f., 169, 262, 264
 Single larceny doctrine 169 f., 253, 265
 Spezialität 27–30, 229 f., 244, 246, 272, 301
 – im engen Sinne 27 f.
 – im weiten Sinne 28–30, 229 f., 246
 Steuerhinterziehung 171, 192
 Strafklageverbrauch 19, 215, 266
 Strafreitelung 14, 76
 Straßenverkehrsgefährdung 66, 90–93, 135
 Subordination, *siehe* Inklusion, abstrakt-tat-
 bestandliche
 Subsidiarität 30–34, 37 f., 232, 234, 236,
 238, 240 f., 244–246, 250
 – formelle 30, 232
 – materielle 30–34, 234, 238, 241, 245

 Tat, prozessuale 24 f.
 Tatausführung, iterative 15 f., 260
 Tatausführung, sukzessive 13 f., 16 f., 230,
 263
 Tatbestandsidentität 110, 179–183
 Tateinheit, *siehe* Idealkonkurrenz
 Tatmehrheit, *siehe* Realkonkurrenz
 Tatsachenidentität, *siehe* Ausführungsidenti-
 tät
 Telefonbetrug 171, 190–192
 Totality guideline 3, 87–101, 208, 218, 222
 Totality-Prinzip 99–101, 130 f., 133,
 138–142, 205–208, 211
 Totschlag 75 f., 78 f., 83, 110, 182, 245
 Tougher Penalties for Child Predators
 Act 133, 137 f., 142
 Trials for Felony Act 1836 54
 True alternatives 85
 Trunkenheit im Verkehr 8, 91–93, 112 f.

 Übergriff, sexueller 58, 83, 95–97,
 134–136, 276
 Unit of prosecution 160, 164, 166–170
 United States Sentencing Commission 186
 United States Sentencing Guidelines 187–
 195
 Unterschlagung 37 f., 163 f., 170, 192
 Urkundenfälschung 16, 120

 Verbrechen gegen die Menschlichkeit 272,
 277 f., 281–283, 285–288, 290–297, 306,
 308
 Verfahrensmissbrauch 77–79, 102 f.
 Verfolgung 272, 282, 292–297
 Vergewaltigung 13, 58 f., 95, 109 f., 112,
 150 f., 230, 244 f., 257, 276, 281 f., 283 f.,
 288, 294, 298–300, 308
 Verhältnismäßigkeitsprinzip 88, 138 f., 206
 Verklammerung 42–44, 215, 217
 Verschwörung 60, 85, 121 f., 125, 136,
 159 f., 164, 167, 176 f., 190, 239, 242,
 246 f., 259, 285 f.
 Versuch 16 f., 28, 31 f., 76, 83, 85 f., 114,
 117 f., 159, 176, 180, 187, 229, 239,
 243 f., 249
 Völkermord 11, 252 f., 260, 274, 277 f.,
 283–286, 300, 306, 308
 Vollstreckungsweise 89–99, 133–143,
 194–201, 205–209
 Vorbereitung 31, 42, 157–159, 222 f., 238,
 241, 250 f., *siehe auch* Verschwörung
 Vortat, mitbestrafte 37
 Vortäuschen einer Straftat 122

 Waffendelikt 94 f., 112, 118 f., 123, 154 f.,
 168, 191, 195
 Whalen-Rechtsprechung 149–153, 248,
 295–297
 Wohnungseinbruchdiebstahl 35, 234 f.